

Pressemitteilung

Bayerisches „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ fordert Erhalt des Deutschlandtickets

München, den 12.02.2025

Das Deutschlandticket ist ein Erfolgsmodell: Es ermöglicht 13 Millionen Menschen in Deutschland den Zugang zu klimafreundlicher Mobilität und motiviert zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende in Bayern kritisiert deshalb die jüngsten Äußerungen von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, der das Ticket ab 2026 in Frage stellt, wenn es nicht komplett vom Bund finanziert wird. Dabei hat Bayern seit Anfang des Jahres den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz inne und sollte sich daher für eine zukunftsfähige Lösung einsetzen, statt das Erfolgsmodell in Frage zu stellen.

Erst im vergangenen Herbst konnten sich die Landesverkehrsminister mit dem Bund darauf einigen, das Ticket auch 2025 jeweils hälftig zu finanzieren. Ab 2026 droht jedoch dem beliebten Angebot das Aus, wenn es nicht gelingt, die dauerhafte paritätische Finanzierung gesetzlich zu verankern.

Wie beliebt das Ticket ist, zeigt sich laut VDV daran, dass trotz der Preiserhöhung von 49 auf 58 Euro ab dem 1. Januar nur rund 8 % der Abonnenten ihr Ticket gekündigt haben. Diese Zahl liegt nahe an den üblichen monatlichen Kündigungsraten.

Gerade Bayern hat im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs erheblichen Nachholbedarf. Laut „Allianz pro Schiene“ liegt der Freistaat deutschlandweit auf dem vorletzten Platz, was die Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs angeht. Außerdem ist der Verkehrssektor im Freistaat aktuell einer der größten Quellen klimaschädlicher Emissionen.

Das Bündnis fordert deshalb neben einem klaren Bekenntnis zum Deutschlandticket auch den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur.

Dazu die Spitzen der Bündnismitglieder in alphabetischer Reihenfolge:

AWO-Landesverband Bayern e. V., Nicole Schley, Co-Landesvorsitzende:

„Jede*r muss die Chance haben, von A nach B zu kommen. Das macht das Deutschlandticket für viele Menschen leichter. Gerade in einer Zeit, in der das Leben immer teurer wird, eine solche Entlastung wieder abzuschaffen, wäre grob fahrlässig. Besonders hart würde es Menschen mit geringem Einkommen in Bayern treffen, wo es - anders als in Hessen oder NRW - kein landesweites Sozialticket gibt.“

Hinweis: Diese Pressemitteilung wird zeitgleich von den Pressestellen der im Bündnis vertretenen Organisationen verschickt. Mehrfacheingänge bitten wir daher zu entschuldigen.

ADFC Bayern e. V., Bernadette Felsch, Landesvorsitzende:

"Nur ein einfaches, verlässliches und preisgünstiges Angebot für den ÖV führt dazu, dass viele Menschen mehr mit Rad und Bahn unterwegs sind. Dank des Deutschlandtickets haben viele das eigene Auto öfter stehen gelassen oder im Vertrauen auf das Fortbestehen des Deutschlandtickets sogar abgeschafft. Wenn Bayern aussteigt, ist das Ende des günstigen Tickets, auf das diese Menschen vertraut haben, besiegelt."

BUND Naturschutz in Bayern e. V., Martin Geilhufe, Landesbeauftragter:

"Der Verkehrssektor ist einer der größten Klimakiller und Bayern wird Tag für Tag mehr mit Straßen asphaltiert. Die Mobilitätswende ist also essenziell für Klima- und Naturschutz, das Deutschlandticket leistet hier einen wichtigen Beitrag. Die aktuellen Zahlen, z. B. aus München und Nürnberg, zeigen den hohen Zuspruch zum Deutschlandticket. Bayern muss endlich von der Bremse des klimafreundlichen Deutschlandtickets gehen."

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Bayern, Bernhard Stiedl, Vorsitzender:

„Mit seiner Haltung setzt der Verkehrsminister die Zukunft dieses Erfolgsmodells aufs Spiel. Attraktive, einfache und bezahlbare ÖPNV-Angebote wie das Deutschlandticket sind ein Garant für die Mobilitätswende und sichern allein im Freistaat die tägliche Pendelmobilität von Millionen Beschäftigten. Wer hier spart oder sich aus der Verantwortung stiehlt, gefährdet Arbeitsplätze, soziale Teilhabe und echten Klimaschutz im Alltag.“

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Landesverband Bayern, Matthias Birkmann, Landesgeschäftsstellenleiter:

„Damit endlich mehr Geld in den Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs fließt, müssen sich Bund, Länder und Kommunen schnell auf eine umfassende Investitionsoffensive verständigen – insbesondere die Regionalisierungsmittel für den SPNV müssen dabei erhöht werden.“

Sozialverband VdK Bayern e.V., Verena Bentele, Präsidentin VdK Deutschland, Vorsitzende VdK Bayern:

„Bayern muss sich endlich zur dauerhaften Förderung des Tickets bekennen, das für viele Menschen eine wesentliche Erleichterung im Alltag bietet. Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten ermöglicht das Ticket mehr soziale Teilhabe und vereinfacht die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel enorm.“

VCD Landesverband Bayern e. V., Dr. Christian Loos, Vorsitzender:

"Das Argument der Staatsregierung, die Mittel für das Ticket sollten stattdessen in den Ausbau des Mobilitätsangebots auf Schiene und Straße investiert werden, sticht aus unserer Sicht nicht. Wir brauchen beides! Die drei Milliarden Euro für das Ticket, die Bund und Länder derzeit ausgeben, lassen sich leicht durch Streichung oder Modifizierung des Dienstwagenprivilegs wieder einsparen, für das der Bund zurzeit bis zu 5,5 Milliarden Euro ausgibt."

ver.di Bayern, Sinan Öztürk, stellvertretender Landesbezirksleiter:

"Um die nötige Verkehrswende noch zu schaffen, muss auch das reichste Bundesland Bayern endlich die Weichen richtig stellen und ausreichend in den ÖPNV investieren. Wir brauchen Planungssicherheit für Fahrgäste und Beschäftigte. Dazu gehört ein Ticket, das sich die Menschen dauerhaft leisten können und dazu gehören gute Tarifverträge, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sichern."

Über das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende

Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende in Bayern ist ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, die sich gemeinsam für eine nachhaltige und sozial gerechte Verkehrswende einsetzen. Ziel des Bündnisses ist es, klimafreundliche Mobilität für alle zugänglich zu machen – unabhängig von Wohnort, Einkommen oder Mobilitätseinschränkungen. Die Mitglieder fordern eine langfristige Finanzierung des ÖPNV, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Mobilitätsbranche sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Zu den Mitgliedern des Bündnisses gehören ADFC Bayern, AWO Bayern, der Bund Naturschutz, DGB Bayern, EVG Bayern, IG Metall Bayern, VCD Bayern, der Sozialverband VdK Bayern sowie Ver.di Bayern. Gemeinsam setzen sie sich für eine Verkehrspolitik ein, die sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltig ist.